

Technischer Wandel und Strategien gewerkschaftlicher Bildungsarbeit*

Dr. Klaus Ahlheim, geboren 1942 in Saarbrücken, Studium der Theologie, Soziologie und Pädagogik. Privatdozent am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt, seit SS 1981 mit der Vertretung einer Professur für Erwachsenenbildung und Außerschulische Jugendbildung an der Universität Marburg beauftragt.

In der Praxis gewerkschaftlicher Bildungsarbeit spielt der durch die Entwicklung der Mikroprozessoren bestimmte technische Wandel zwar eine Rolle, in der Diskussion um eine theoretische Grundlegung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit aber nimmt man die Herausforderung der modernen Technologie kaum zur Kenntnis. Der Streit um die Konzeption gewerkschaftlicher Bildungsarbeit wird noch immer lautstark und mit Unterstützung der Medien an einer nun schon über 10 Jahre alten „Gelegenheitsarbeit“ Oskar Negts „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“, (Frankfurt/Köln 1971) und ihren Folgen festgemacht und unter den Stichworten „Erfahrungs“- oder „Leitfadenansatz“ erbittert diskutiert. In der oft ausufernden Diskussion kommen in der Regel Differenzen im Lernbegriff zur Sprache. Bei den Kritikern Negts herrscht die Anschauung vor, daß Lernen in Gewerkschaftsseminaren „eine Vereinheitlichung und Korrektur vorfindlicher Deutungen, Kenntnisse und Handlungsperspektiven zu leisten“ habe und so Orientierungsgrundlagen zum Handeln unter der Regie der Organisation vermitteln sollte, eine Position, die die Lernenden insofern als Objekte behandelt, als sie in ihrem Bewußtsein nur die „richtigen“ Inhalte nachvollziehen müssen, die von der Bildungsinstitution und ihren Curricula vorgegeben werden. Demgegenüber steht ein Bildungsansatz, der die unterschiedlichen Erfahrungen und Interpretationsmuster der Lernenden ernst nimmt und im gewerkschaftlichen Bildungsangebot einen gemeinsamen Prozeß von Lehrenden und Lernenden sieht, eine Bildungsveranstaltung *von* gewerkschaftlich Organisierten, nicht *für* Lohnabhängige. Angesichts des technischen Wandels, seiner sozialen Folgen und der damit gegebenen bildungs-

* Bei diesem Diskussionsbeitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Vortrags an der Universität Frankfurt vom 21. 10. 1981.

1 Dazu zusammenfassend: A. Bahl-Benker/V. Röske, Lernen im Organisations- und Lebenszusammenhang, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), Jg. 31. 1980. S. 391ff.

2 H. Brammerts u. a., Lernen in der Gewerkschaft. Frankfurt/Köln 1976. S. 159

strategischen Herausforderungen greift die hier nur andeutungsweise skizzierte Kontroverse in ihrer Konzentration auf den Lernbegriff zu kurz.

Mit der Entwicklung des Mikroprozessors hat im letzten Jahrzehnt eine einschneidende und überaus folgenreiche technische Veränderung stattgefunden.³ Mikroprozessoren sind der Inbegriff der neuen Technologie schlechthin, die materiell-technische Grundlage des sich in der Gegenwart vollziehenden technischen Wandels. Die hervorragende Bedeutung der Mikroelektronik liegt darin, daß sie das „Denkzeug“ Computer enorm verkleinert, verfeinert, verbilligt und damit — technisch wie ökonomisch — in bislang fast ungeahnter Weise für die verschiedensten Anwendungsgebiete erschlossen hat. Der Durchbruch der Mikroelektronik hat den Formen des technischen Wandels und der Automation eine völlig neue Dimension eröffnet. War bis dahin in den meisten Industriezweigen technischer Wandel mit einem, wenn auch geringen, permanenten Anstieg des Kapitalkoeffizienten, also der Kapitalkosten je Produkteinheit, verbunden, so macht die Mikroelektronik technische Neuerungen möglich, die in gleicher Weise kapital- wie arbeitssparend sind. Bei deutlich verbesserten Eigenschaften also des Preis/Leistungs-Verhältnisses eignet sich die Mikroelektronik für die automatische Kontrolle von Erzeugnissen ebenso wie für die Kontrolle von Produktionsverfahren in fast allen Teilbereichen des Industriesektors. Sie hat überdies den für die deutsche Wirtschaft entscheidenden Vorteil, eine flexible automatische Produktion auch in kleinen und mittleren Serien zu ermöglichen — und gerade hier liegt die Chance des westdeutschen Exports gegenüber jenen Ländern, die große Serien von Massengütern produzieren.

Zu den Folgen der Mikroelektronik für Beschäftigungslage und Arbeitssituation

Bis zum Ende der sechziger Jahre gehörte es zu den optimistischen Prognosen wirtschaftlicher Entwicklung und zum allgemeinen Schatz kulturphilosophischer Erörterungen, im Zusammenhang mit der damals noch vergleichsweise langsamen Entwicklung der Computertechnik, jenen gesellschaftlichen Fortschritt zu preisen, der mit der Automation auf die Menschen zukommt: eine nur den geringsten Teil der Arbeitenden erfassende Automation sollte für den Wegfall schwerer körperlicher Arbeit und stupider Arbeitsvollzüge sorgen und insgesamt zu einer Differenzierung und Höherqualifizierung der Arbeit führen. Die Tendenz technischen Wandels sollte ein „Mehr“ an personaler Qualifikation bringen, aber nicht allein „auf die leitenden Stellen an der Spitze beschränkt, sondern tief in die Breite der ausführenden Arbeiter selbst.“⁴

³ Für die unterschiedliche Einschätzung dieser Entwicklung vgl.: E. Loderer, Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technischen Wandel, in: GMH, Jg. 28, 1977, S. 409ff.; Hier: S. 410 einerseits und U. Briefs, Arbeiten ohne Sinn und Perspektive?, Köln 1980, S. 196, Anm. 220 andererseits

⁴ D. v. Oppen, Das personale Zeitalter, Formen und Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens im 20. Jhd., Stuttgart/Gelnhausen 1960, S. 126

Die mit der Entwicklung der Mikroelektronik bereits sichtbaren und noch absehbaren Folgen haben solchen Optimismus bisher gründlich widerlegt. Unter der noch Zuversicht verbreitenden Überschrift „Kollege Computer verlangt eine höhere Qualifikation“ mußte das „Handelsblatt“ vor einiger Zeit vermerken, daß zwar an wenigen Arbeitsplätzen künftig eine bessere Qualifikation verlangt wird, daß die technische Entwicklung aber einfache ungelernete Tätigkeiten überflüssig gemacht und vor allem eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen hat, an denen die Qualifikationsansprüche niedriger sind als in traditionellen Facharbeiterberufen.⁵ Und auch die jüngsten Berichte des Bundesministeriums für Forschung und Technologie⁶ lassen die Sorge deutlich erkennen, daß der gegenwärtige technische Wandel zu einer Freisetzung von Arbeitskräften in bislang ungeahntem Ausmaß führe. Das Europäische Gewerkschaftsinstitut in Brüssel (EGI) hat in einer ausführlichen Studie über die Entwicklung der Mikroelektronik und ihre sozialen Folgen⁷ Konsequenzen für die achtziger Jahre prognostiziert, ohne dabei auf Seiten der Politiker oder Unternehmer auf grundsätzlichen Widerspruch zu stoßen. Man kann die Prognose in aller Kürze zusammenfassen: Sollten sich in der politischen und ökonomischen Entwicklung nicht grundsätzlich andere Perspektiven und Entscheidungsprioritäten durchsetzen, was kaum zu erwarten ist, dann wird man, selbst bei konjunktureller Erholung, mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, die die gegenwärtigen Arbeitslosenzahlen verdoppelt oder verdreifacht. Entscheidend für diese Entwicklung ist die Tatsache, daß bestimmte Schlüsselbereiche des tertiären Sektors, der bisher die in der Folge des technischen Wandels im Primär- und Sekundärsektor freigesetzten Arbeitskräfte weitgehend auffing, erstmals selbst einer umfassenden Automations- und Rationalisierungswelle ausgesetzt sind.

Das eigentliche Wesen jeder Bürotätigkeit besteht in der Verarbeitung von Informationen, die in Form von Daten und Texten anfallen.⁸ Es liegt in der Logik der neuen Technologie, daß sich die Büroarbeit - ungleich stärker noch als die Produktionsarbeit — durch den Computer ersetzen läßt. Der Anteil der Angestellten an den Arbeitslosen ist von 19 % im Jahre 1967 auf bereits 42 % im Jahre 1977 angestiegen.⁹ Eine zunächst vertrauliche Studie „Büro 1990“ von Siemens (vom November 1976) geht davon aus, daß bis 1990 fast 30 % aller Büroarbeitsplätze automatisierbar und 43 % formalisierbar sind, was also Freisetzung von Arbeitskräften und für einen Großteil der Weiterbeschäftigten Dequalifizierung, Routinisierung, also ge-

5 „Handelsblatt“ vom 23./24.11.1979

6 Vgl. etwa: Bundesbericht Forschung VI. hg. v. Bundesministerium für Forschung und Technologie. Bonn 1979. S. 11 f.

7 Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI). Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die Beschäftigung in Westeuropa während der achtziger Jahre, Brüssel 1979

8 Vgl. J. Strasser/K. Traube, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn 1981, S. 129ff.

9 Vgl. P. Brödner/D. Krüger/B. Senf, Automatisierung der „Kopfarbeit“, fhw Forschung. Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Berlin 1979, S. 135

rade nicht Humanisierung der Arbeit bedeutet. Damit ist bereits der zweite Entwicklungstrend angesprochen. Neben struktureller Arbeitslosigkeit wird der vermehrte Einsatz der Mikroelektronik zwar in einigen Bereichen — im Gebrauch etwa von Industrierobotern - den Wegfall schwerer körperlicher Arbeit und damit Ansätze zur Humanisierung der Arbeit bringen, zugleich aber einen Großteil der Beschäftigten zu minder qualifizierter, routinierter und damit entmotivierender Arbeit zwingen. Vor allem im fast völligen Verschwinden des *Facharbeiters* wird sich der Rückgang qualifizierter Arbeit dokumentieren. Eine für die gewerkschaftliche Organisation folgenreiche Entwicklung ist absehbar: wenigen hochqualifizierten Arbeitskräften wird eine Mehrheit gegenüberstehen, deren bislang zum Teil komplexe Arbeit auf Teilarbeitsvollzüge reduziert wird, wodurch die menschlichen Tätigkeiten noch abstrakter, undurchschaubarer für den Arbeitenden, zugleich aber, durch die mit der Computerisierung einhergehenden Veränderungen der Arbeitsorganisation¹⁰, einer geradezu perfekten Leistungskontrolle unterworfen werden.

Dier hier nur grob skizzierten Auswirkungen des technischen Wandels sind der Mehrheit auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer kaum bewußt; Reaktionen auf der betrieblichen Ebene erfolgen meist erst dann, wenn die neue Technologie bereits eingeführt und Folgen nur noch abzumildern sind. Eine Strategie der schrittweisen, behutsamen Einführung der neuen Technologie durch die Unternehmer¹¹, die gewisse Erleichterungen in der Einführungsphase besonders hervorhebt, verstärkt diese Tatsache. Man kann, trotz der Tarifabkommen über neue Technologien im Druckgewerbe etwa und über Abgruppierungsschutz in der Metallindustrie von 1978, feststellen, daß gewerkschaftliches Handeln beherrscht ist von der zweifelsohne dringend nötigen Abwehr und Abmilderung der schlimmsten Folgen, die sich im Zuge von Automation und Rationalisierung für die Arbeitnehmer ergeben. Folgerichtig sind auch die noch relativ seltenen Versuche, sich in gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen mit dem Problem des technischen Wandels und seiner Folgen zu beschäftigen, von dem Ziel bestimmt, zuerst einmal auf die Gefahren der Automation für die Lage der Beschäftigten hinzuweisen und dabei besonders auf eine extensive Auslegung der Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes im Rationalisierungsfall zu drängen. Es lassen sich inzwischen aber auch Ansätze einer längerfristigen Strategie erkennen, z.B. unter den Stichworten: soziale Beherrschung des technisch-organisatorischen Wandels, Orientierung der Technologiepolitik an den Interessen der Menschen und Nutzung des technischen Wandels im Interesse der gewerkschaftlich Organisierten.

10 Vgl. dazu K. Benz-Overhage u. a., Computereinsatz und Reorganisation von Produktionsprozessen, in: Institut für Sozialforschung (IFS) Ffm. (Hg.), Gesellschaftliche Arbeit und Rationalisierung, Leviathan Sonderheft 4/1981, S. 100ff.; hier: S. 114f. u. ö.

11 Vgl. dazu etwa am Beispiel der Industrieroboter: R. v. Gizycki, Rationalisierung und Humanisierung durch Industrieroboter - Vorläufige Ergebnisse einer Fallstudie, in: VDI-Z, Zeitschrift des Vereins Dt. Ingenieure für Maschinenbau und Metallbearbeitung, 21/1979, S. 1065

Zur gewerkschaftlichen Einschätzung des technischen Fortschritts

Noch 1976 äußert sich ein gewerkschaftlicher Referentenleitfaden¹² zum Problem des technischen Wandels recht eindeutig. Zwar dürfe man nicht übersehen, „daß alle technischen Wandlungsprozesse *auch* (Herv. v. Verf.) sozial nachteilige Folgen für Arbeitnehmer haben *können* (Herv. v. Verf.)“.¹³ doch seien Lebensstandard und soziale Absicherung der Beschäftigten in den letzten Jahren nur durch die konsequente Nutzung aller technischen Möglichkeiten zur Rationalisierung und damit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich geworden. „Unsere Politik war niemals rationalisierungsfeindlich.“¹⁴ Und: „Die deutschen Gewerkschaften sind in ihrer Geschichte niemals gegen technologischen Fortschritt gewesen ...“¹⁵ Um mögliche Nachteile für die Beschäftigten früh zu erkennen und zu verhindern, wird zum einen die Unterbewertung der beruflichen Bildung beklagt, zum anderen die Notwendigkeit einer umfangreichen Bildung der Betriebsräte gefordert, die am Verhandlungstisch mit einem Wissen aus drei Wochen Bildungsurlaub einem Management mit dem Wissen aus 100 Jahren Studium gegenüberzusetzen. Umfassendes, quantitatives Wissen ermöglicht frühes Erkennen möglicher negativer Folgen und hilft damit, diese zu verhindern.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben zu einer skeptischeren Beurteilung des technischen Wandels auch innerhalb der Gewerkschaften geführt. Die Frage der Kontrolle und Beeinflussung technischer Entwicklung hat an Gewicht gewonnen. Dennoch sind sich die Gewerkschaften in der grundlegenden Beurteilung des technischen Fortschritts mit den Unternehmern und führenden politischen Kräften in diesem Lande erstaunlich einig. Wird von den einen betriebliche und politische Herrschaft mediatisiert und legitimiert durch die Sachlogik und den Sachzwang einer quasi naturwüchsigen, unabänderlichen technischen Entwicklung und der durch sie gesetzten Notwendigkeiten, so nehmen die gewerkschaftlichen Stellungnahmen die in solcher Herrschaftsideologie verborgene Aussage eines neutralen Charakters des technischen Fortschritts mit anderen Vorzeichen auf. Es ist nicht der technische Wandel, es sind nicht die modernen Technologien, die die Probleme für die Massen der Beschäftigten erzeugen, es sind die Entwicklung und der Einsatz dieser Technologien unter den krisenhaften Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus, die solche negativen Folgen zeitigen.¹⁶ Es gilt deshalb, die Entwicklung der Technik im Sinne der abhängig Arbeitenden zu beeinflussen und einzusetzen und damit positiv zu wenden. Dieter Görs¹⁷ zum Beispiel, attackiert zwar mit Vehemenz den herr-

12 Hg. v. IGM-Vorstand, Abteilung Bildungswesen/Bildungspolitik. Frankfurt/M. 1976

13 Ebenda. S. 88

14 Ebenda. S. 89

15 Ebenda, S. 88

16 Vgl. U. Briefs, Neue Technologien als Herausforderung für die Gewerkschaften, in: Blätter für dt. und intern. Politik, Jg. 23 1978, S. 1179ff.; hier: S. 1182

17 D. Görs, Aspekte des Verhältnisses von technischer Entwicklung, Arbeitsprozeß- Qualifikationsanforderungen und gewerkschaftlicher Bildungspolitik, in: WSI-Mitteilungen. Jg. 32 1979. S. 303 ff.

sehenden, verkürzten Technikbegriff, der im Grunde ein unbegriffener Technikbegriff sei, weil er Technik als verselbständigte, schicksalhafte Macht erscheinen lasse und von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und den kapitalorientierten Interessen abstrahiere. Technische Entwicklung müsse vielmehr in einem sozio-ökonomischen Gesamtzusammenhang begriffen werden. Doch die dialektische Kompetenz geht Görs im Laufe seiner Erörterungen wieder verloren, wenn er eindeutig und ohne Einschränkung feststellt, nicht ein technischer Sachzwang wirke in erster Linie, „sondern der gesellschaftlich spezifische Zweck der Produktion — nämlich das eingesetzte Kapital zu verwerten bzw. zu maximieren.“¹⁸ Als habe sich die Dialektik von technischem Fortschritt und den sie treibenden ökonomischen und politischen Interessen mit dem Hinweis auf letztere schon erschöpft. Solche Argumentation übersieht, daß jene den technischen Wandel prägenden Interessen nicht als ein sozusagen Äußeres zum Produkt dieses technischen Fortschritts hinzutreten, daß sie vielmehr — materialisiert — den Charakter der Technik wesentlich prägen und bestimmen. Es sei nur angemerkt, daß dieses letztlich undialektische Technikverständnis auch die Tradition des „offiziellen“ Marxismus beherrscht, und mit Robert Jungk¹⁹ sei die Frage gestellt, ob nicht viele der von linken Kritikern monierten Erscheinungen in sozialistischen Staaten zumindest *auch* ein Nebenprodukt jener übernommenen „alten“ Technik sind, die auf Ausbeutung und Anpassung der sie Bedienenden so elementar ausgerichtet ist, daß ihre negativen Wirkungen auch durch den Versuch einer tendenziell anderen „Anwendung“ nicht aus der Welt zu schaffen sind. Es drängt sich die Frage nach einer alternativen Technik auf in der Erkenntnis, daß die uns heute bekannte wissenschaftliche Technik „auch ‚von sich aus‘ (!) in spezifischer Weise Herrschaftsprozesse erzeugt, stabilisiert und legitimiert und gleichzeitig auch eine blinde und das Gesamtsystem bedrohende Verlaufslogik erzeugt und begünstigt.“²⁰

Beispiele für Auswirkungen von Mikroprozessoren

Einige, durchaus noch zufällige Beispiele sollen die der neuen Technologie der Mikroprozessoren immanenten Auswirkungen verdeutlichen. Erst die Bedrohlichkeit solcher Folgewirkungen macht die Dringlichkeit der Frage nach möglichen neuen Strategien gewerkschaftlicher Bildungsarbeit offensichtlich.

„Computer wurden erfunden, um Menschen bei der Lösung ihrer Aufgaben zu helfen.“ So oder ähnlich lautet ein verbreitetes, auf den ersten Blick durchaus einleuchtendes Erklärungsmuster. Joseph Weizenbaum, einer der profiliertesten Computerfachleute, hat auf diese Feststellung geradezu bitter reagiert: „Denn Com-

¹⁸ Ebenda, S. 305

¹⁹ R. Jungk, Der Jahrtausendmensch. Berichte aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft, München 1973, S. 76

²⁰ O. Ullrich, Technik und Herrschaft. Vom Hand-Werk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion. Frankfurt/M. 1979. S. 11

puter wurden entwickelt, um den Massenmord an Menschen effizienter zu machen."²¹ David F. Noble konnte in einer Untersuchung der Entwicklung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen²², für deren Entwicklung eben der Mikrocomputer eine entscheidende Rolle spielt, nachweisen, daß vor allem die amerikanische Luftwaffe an der Entwicklung eines solchen Systems interessiert war, daß ihre massive Unterstützung nicht nur die Entwicklung dieser Technologie ermöglichte, sondern auch deren konkrete Ausformung bestimmt hat.²³ Da die von der Luftwaffe initiierte Entwicklung der numerischen Steuerung auch die Lohnkosten für Werkzeugmacher, Schablonenhersteller und Maschinenbediener drastisch zu senken versprach, setzte auch die Industrie sehr schnell auf die Entwicklung dieser Technologie. Dennoch sei der Drang nach vollständiger Automatisierung, den die numerische Steuerung repräsentiert, mit militärischen Notwendigkeiten und ökonomischem Kalkül allein nicht hinreichend zu erklären. Vielmehr sei die „Ideologie der Kontrolle“, das - im militärischen Rahmen und in der Produktion militärischer Geräte besonders brisante - Mißtrauen gegenüber der menschlichen Tätigkeit, gegenüber menschlichen Entscheidungen und menschlichem Versagen eine entscheidende Triebfeder der Entwicklung gewesen.

Kontrolle und Herrschaft sind so zumindest als mitbestimmendes Motiv in die Entwicklung der numerischen Steuerung eingegangen. „Die Eliminierung des menschlichen Versagens und der Unsicherheit ist der ingenieurmäßige Ausdruck der Versuche des Kapitals, seine Abhängigkeit von der lebendigen Arbeit zu minimieren, indem es seine Kontrolle über die Produktion verstärkt. Die Ideologie der Technik spiegelt die widersprüchlichen sozialen Beziehungen der kapitalistischen Produktion.“²⁴ Perfekte Kontrolle und damit Ausbeutung, Überwachung der menschlichen Arbeitskraft gehören zum Wesen des gegenwärtigen technischen Wandels so sehr, daß daran auch eine andere „Anwendung“ im Sinne der Gewerkschaften nicht alles grundlegend ändern kann. Carl Hammer hat diese Ideologie der Kontrolle mit der Entwicklung und dem Einsatz des Computers unmittelbar verknüpft und unter dem Titel „Computer - Kraftquell des Managements“²⁵ zwar durchaus beängstigende Perspektiven der Computergesellschaft aufgezeigt, die Frage nach der Notwendigkeit von Computern aber ebenso eindeutig beantwortet: Wir brauchen Computer, weil die Gesellschaft in ihrem innersten Wesen schlecht ist und die Menschen im Grunde unehrlich sind, lügen, stehlen und betrügen. „Solange der Mensch dem Wesen nach schlecht ist, werden wir Computer und immer mehr Computer brauchen, um gegen die *Kräfte des Bösen* anzukämpfen.“

21 J. Weizenbaum, Über Computer. Prognosen und Sprache, in: B. v. Greift (Hg.). Das Orwellsche Jahrzehnt und die Zukunft der Wissenschaft. Opladen 1981. S. 20ff.; hier: S. 21

22 D. F. Noble. Maschinen gegen Menschen. Die Entwicklung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen. Stuttgart 1979

23 Vgl. ebenda, S. 12

24 Ebenda, S. 18

25 Datascope, 19/1976. S. 4ff, Zitat S. 8

Die Frage, ob denn und wie jenes Instrument Computer, selbst verdinglichte Ideologie der Kontrolle, eben zu kontrollieren und sozial zu beherrschen sei, wie die Gewerkschaften es fordern, spitzt sich noch zu. Längst werden im militärischen wie politisch-ökonomischen Bereich Entscheidungen getroffen, mit fast ausschließlicher Unterstützung der Computer, deren Programme kein Mensch mehr explizit kennt oder versteht. Die Regelung lebenswichtiger menschlicher Konflikte wird damit reduziert auf „technische Fragen, für die dann nur noch entsprechend technische Lösungen gesucht und natürlich auch gefunden werden.“²⁶ Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA kann frei bekennen, er sei längst ein Sklave der Computer geworden, ohne letztliche Entscheidungsgewalt, ohne Macht.²⁷

F. Grant Johnson, selbst Datenfachmann, ist jüngst der „Technologisierung des Inneren“ durch den Computer nachgegangen²⁸ und hat dabei im Rahmen eines psychoanalytischen Interpretationsmusters den von Weizenbaum eingeführten Begriff des „zwanghaften Programmierers“ weiter erläutert. Zugrunde liegen Beobachtungen einer geradezu asketischen Arbeitsdisziplin von Programmierern, die mit einem fast als Regression zu bezeichnenden Desinteresse an allen anderen täglichen Lebensvollzügen einhergeht. Der Programmierer selbst scheint so sehr in sein Programm eingebunden, daß eine Interaktion hergestellt wird, in deren Verlauf das physikalische Gerät den Charakter des „anderen“, das einem dem Subjekt fremden Lager zugehört, verliert. So kann das Programm letztlich „ein Reich der Erfahrung jenseits der Erfahrung“²⁹ werden, das die Lebensgeschichte des Programmierers ebenso wie seine Triebhaftigkeit ausklammert: „Das Programm ... erlaubt eine alternative Organisation der Erfahrung, die in einem merkwürdigen Sinn mit der Ideologie der Leistungsgesellschaft verträglich ist: weder der neuen Realität gegenüber noch an dem infantilen Bedürfnis nach absolut sicherer Wunschbefriedigung müssen Abstriche gemacht werden.“³⁰ Was hier indes, am Beispiel des Programmierers, in äußerster Schärfe sichtbar wird, kann mit der größer werdenden Palette elektronischer Unterhaltungsmöglichkeiten immer mehr Menschen erfassen: die Versenkung in eine „zweite“, eine „Traumwelt“ und damit zugleich der Verzicht auf die Auseinandersetzung mit der realen Welt. Solche freiwillige Selbstbescheidung ist nichts anderes als ein subtiles Äquivalent jener Ideologie der Kontrolle, die der neuen technologischen Entwicklung in weitem Maße eigen ist.

Am Beispiel des Einsatzes eines computergestützten Personalinformationssystems soll gezeigt werden, wie wenig subtil, ja banal, aber folgenreich für die Ar-

26 J. Weizenbaum, Über Computer, a. a. O. S. 23

27 J. Weizenbaum. Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt/M. 1977, S. 337

28 F. Grant Johnson. Der Computer und die Technologisierung des Inneren, in: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen, Jg. 34. 1980. S. 790 ff.

29 Ebenda, S. 806

30 Ebenda. S. 807

behenden, die Wirkungen der neuen Technologie im betrieblichen Alltag sein können. Ein nordbayerischer Betrieb hatte vor einigen Jahren - im Vergleich zu den betriebswirtschaftlichen Richtlinien - eine Überalterung der Belegschaft und einen zu großen Anteil an Frauen festgestellt.³¹ Da Kündigungen vor einem Arbeitsgericht kaum hätten bestehen können, suchte und fand man mit Hilfe des betrieblichen Personalinformationssystems einen Ausweg. Das Informationssystem lieferte Daten, die deutlich machten, daß die meisten älteren Frauen außerhalb der Stadt wohnten und auf den Werksbus unbedingt angewiesen waren. Daraufhin beschloß der Betrieb, mit dem Argument mangelnder Rentabilität, den Verkehr des Werksbusses einzustellen, worauf die Mehrzahl der älteren Frauen von sich aus kündigte. Eine gelungene Maßnahme zur „Personalstrukturbereinigung“ mit Hilfe des Computers.

Konsequenzen der Mikroelektronik und gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Die Auswirkungen des technischen Wandels auf die Beschäftigungslage, Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzsituation stehen im Interessenspektrum der Gewerkschaften zunächst einmal ganz notwendig im Vordergrund. Die Konsequenzen der Mikroelektronik, die alle menschlichen und gesellschaftlichen Bereiche in gravierender Weise erfassen, gehen allerdings weit über den betrieblichen Rahmen hinaus. Im Blick auf diese umfassenden Auswirkungen kann man ohne Einschränkung feststellen, daß gewerkschaftliche Bildungsarbeit das Problem keineswegs angemessen behandelt, ja nicht einmal hinreichend erfaßt hat. Das ist, geht man vom allgemeinen Anspruch gewerkschaftlicher Bildungsarbeit aus, in gewisser Hinsicht überraschend, fügt sich aber in das Bild bisheriger gewerkschaftlicher Bildungspraxis bruchlos ein. Ihrem allgemeinen Anspruch nach will gewerkschaftliche Bildungsarbeit *politische* Bildung sein, die soziale Qualifikationen vermittelt, politisches Wissen reflektiert und auch Fähigkeiten und Kenntnisse zur Teilnahme am „Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, ... um bessere Bildungssysteme ... zur Befreiung der Arbeiter und zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft fördert.“³² Angestrebt wird dabei die Einheit von theoretischer Erkenntnis und politischer Praxis.

Verläßt man freilich den Rahmen allgemeiner Zielsetzungen, dann wird deutlich, daß gewerkschaftliche Bildungsarbeit eben diese Forderungen längst noch nicht eingelöst hat,³³ daß sie, ohne den Anspruch politischer Bildung nun gänzlich

31 Der Vorgang wird berichtet bei: W. Egloff, Personalinformationssysteme, in: Computer: Fortschritt oder Abhängigkeit?, Texte einer Vortragsreihe aus dem Frühjahr 1977. SMUV-Gruppe „Ingenieure und technische Angestellte“. Zürich 1977. S. 27

32 M. Weber, Bildung für Arbeitnehmer in einer demokratischen Gesellschaft. Referat anlässlich der Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB. in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik. **H.II/12** 1976. S. 343ff.; hier S. 343

33 Dazu ausführlich: D. Görs, Zur politischen Kontroverse um den Bildungsurlaub (WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 37). Köln 1978. S. 19ff.. S. 149 u. ö.

aufzugeben, doch eher zweckgerichtete Schulungsarbeit ist, die sich vorwiegend an die Funktionsträger innerhalb der Organisation richtet, um diese für die unmittelbaren betrieblichen Auseinandersetzungen vorzubereiten. Es geht im wesentlichen um „Schulungen“ mit dem Ziel, „insbesondere die Arbeitnehmervertreter in Mitbestimmungsgremien an ihre Aufgaben heranzuführen und sie zu befähigen, die politischen Forderungen in gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen.“³⁴ Ausgerichtet ist solche Strategie gewerkschaftlicher Bildungsarbeit überwiegend an kurzfristigen tagespolitischen Interessen und Funktionsanforderungen.

Es wäre absurd, die Berechtigung einer solchen Bildungsarbeit zu bestreiten. Zu fragen bleibt aber, warum eine weiterführende Bildungsstrategie, die im Interesse der Arbeitenden ebenso liegen könnte wie in einem wohlverstandenen längerfristigen Interesse der Organisation, nicht zum Tragen kommt, warum sich gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit dem die achtziger Jahre sicher beherrschenden Thema der Mikroelektronik und ihrer umfassenden sozialen Folgen so schwer tut.

Da Strategien gewerkschaftlicher Bildungsarbeit zunächst unmittelbar mit Strategien gewerkschaftlichen Handelns verbunden sind, bietet sich dafür ein bekanntes Erklärungsmuster an:³⁵ Es ist der von vielen Autoren beschriebene „Doppelcharakter“ der Gewerkschaften, der sich auf die Strategien gewerkschaftlicher Bildungsarbeit auswirkt und dem Streit um sie auch jene in den letzten Jahren zu beobachtende politische Schärfe gegeben hat. Einerseits von einer Tradition bestimmt, die die Gewerkschaften als soziale Bewegung zur Emanzipation der Arbeiterklasse und zur grundsätzlichen Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse definiert, macht die tarif- und sozialpolitische Tagespraxis die Gewerkschaften andererseits zu einer Tarifvertragspartei, für die es gilt, innerhalb der vorgegebenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die ökonomischen Interessen der abhängig Beschäftigten wahrzunehmen. Betrachtet man die leitfadenorientierten Entwürfe gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, dann wird ersichtlich, daß sie sich in Inhalt und Zielsetzung überwiegend an jener politischen Tagespraxis orientieren und daß sie damit auch eine wesentliche Aufgabe gewerkschaftlicher Bildungsarbeit erfüllen. Ein Konzept dagegen, das die Bildungsinhalte weniger deutlich vorgibt, auf die verschiedenen Interessen der Lernenden eingeht, neigt eher dazu, die herrschende politische Praxis der Gewerkschaften zu hinterfragen und das Element der sozialen Emanzipationsbewegung deutlicher zu betonen. Hier, nicht im Lernbegriff, scheint mir die eigentliche Kontroverse zu liegen. Wenn die Vertreter eines curricular streng geplanten Leitfadenansatzes in den gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen nur noch einen Vorgang sehen, in dem die richtige Einsicht „qua Bildungsarbeit in die Arbei-

34 Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des DGB 1969-71. hg. v. Bundesvorstand des DGB. Düsseldorf o. J., S. 245

35 Vgl. dazu die neueste Darstellung von W. Müller-Jentsch, Vom gewerkschaftlichen Doppelcharakter und seiner theoretischen Auflösung im Neokorporatismus. in: *Leviathan*. Sonderheft 4/1981. S. 178ff.

terschaft hineinzutragen"³⁶ ist, und die Referenten insofern schon den politischen Zweck der Schulungen „repräsentieren“ als „sie die bewußtseinsverändernden Maßnahmen in Form von Wissensvermittlung durchzuführen haben“³⁷, dann ist solche Pädagogik der Vertikalen von Paulo Freire bereits hinreichend kritisiert: „Der Lehrer lehrt, und die Schüler werden belehrt. Der Lehrer weiß alles, und die Schüler wissen nichts. Der Lehrer denkt, und über die Schüler wird gedacht ..“³⁸

Mit einer Bildungsarbeit aber, die ohne zentral vorgegebene Eingrenzung, den Charakter als politische Bildung nicht aufgibt und die in der Gewerkschaftsbewegung vorhandenen unterschiedlichen Positionen und Traditionen zu Wort kommen läßt, muß geradezu notwendig und folgerichtig der Doppelcharakter der Gewerkschaften zur Diskussion kommen, der Steit um die gesellschaftsverändernde Praxis einerseits und die im gesellschaftlichen System eingebundene Rolle des sozial- und tarifpolitischen Vertragspartners andererseits virulent werden. Eine solche Erfahrung liegt sicher auch der 10. These der IGM zur Bildungsarbeit zugrunde, die ausdrücklich feststellt: „Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit darf Kritik an der Organisation nicht verstärken, indem sie die Skepsis der Kritiker bewußt vertieft. Sie muß mögliche Ursachen feststellen und Fehleinschätzungen korrigieren.“³⁹ Das hier nur kurz skizzierte Problem scheint sich, nimmt man die schon beschriebenen Folgen des technischen Wandels ernst, nur mehr zu verkomplizieren. Neben der grundsätzlichen gesellschaftlichen Option stünde ja auch ein in Ost und West gleichermaßen anerkanntes Verständnis des technischen Fortschritts zumindest zur Debatte. Doch kann die gegenwärtige Situation die Diskussion um eine umfassende politische Bildungsarbeit der Gewerkschaften auch fördern. Vor allem die arbeitsmarktpolitischen Folgen der Mikroprozessoren machen offenbar, daß die bisherige staatliche Wirtschaftspolitik, die mit ihrer Verpflichtung auf Vollbeschäftigungs- und Wachstumspolitik die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften insofern entscheidend gefördert hat, als sie auch stetig sich verbessernde Erfolgchancen gewerkschaftlicher Tarifpolitik verhieß,⁴⁰ nicht mehr ungebrochen und mit gleichem Erfolg fortzusetzen ist.

Der fast sicher zu erwartende Konflikt könnte aber auch zu einer Neuorientierung in der gewerkschaftlichen Politik führen und damit auch Strategien einer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ermöglichen, die über die gegenwärtige enge Zweckbildung hinausführen, ohne sie zu vernachlässigen. Prognosen über eine solche Entwicklung sind gewagt, daß sie aber den Adressatenkreis gewerkschaftlicher

36 H. Werner, Das Prinzip des exemplarischen Lernens bei Oskar Negt oder die Folgen einer Theorie, in: Demokratische Erziehung, H. 4/1975, S. 41ff.; hier: S. 43

37 H. Bammerts u. a., Lernen in der Gewerkschaft. Frankfurt/Köln 1976. S. 160

38 P. Freire, Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek 1973. S. 58

39 Vgl. z. B. Arbeitspapiere und Hintergrundmaterial für Referenten des Seminars „Rationalisierung und Betriebsverfassung I“ (unveröffentlicht, ohne Seitenangaben)

40 Dazu W. Müller-Jentsch, a. a. O. S. 184

Bildungsarbeit ebenso erweitern müßte wie die Thematik, scheint mir sicher. Wollen die Gewerkschaften angesichts der mit dem technischen Wandel einhergehenden Umstrukturierungen ihren eigenen Anspruch der Vertretung *der* Arbeitnehmerinteressen aufrechterhalten und nicht zu einer Organisation werden, die jeweils nur noch partikulare, quasi „ständische“ Interessen vertritt, dann sind zunehmend alle Arbeitnehmer, nicht nur die Funktionäre und nicht nur die gewerkschaftlich Organisierten, dann sind vor allem auch die Arbeitslosen in die Bildungsarbeit einzubeziehen.

Dann muß gewerkschaftliche Bildungsarbeit - ohne vorschnell endgültige Antworten anzubieten - einen Lern- und Diskussionsprozeß ermöglichen, der dem Problem einer alternativen Technik und ihrer Nutzung breiten Raum gibt, ohne gänzlich darauf zu verzichten, mögliche Humanisierungsaspekte des gegenwärtigen technologischen Entwicklungsstandes voll auszuloten.⁴¹ Dann muß auch der bislang unangefochtene Primat der Vollbeschäftigungspolitik zur Debatte stehen, ebenso wie - neben dem Ziel einer prinzipiellen Arbeitszeitverkürzung - die Forderung eines „Sozial- oder Klassenlohns“, eines Grundlohns, der den Arbeitenden wie Arbeitslosen gleichermaßen ausgezahlt wird.⁴² Dann dürfen vor allem die Auswirkungen des technischen Wandels auf den gesamten nichtbetrieblichen Bereich, auf Umwelt, Erziehung, Alltag, Familie, Sozialisation, Kultur und Medien, nicht mehr als sekundär ausgeblendet werden. Die als Folge des technischen und industriellen Fortschritts offenkundige Zerstörung der sozialen Umwelt und der menschlichen Kommunikation, kurz, die „ökologische Krise“ der Pädagogik, an der nicht nur die gewerkschaftliche Bildungsarbeit partizipiert, wäre anzugehen.

41 Als Beispiel für solche Möglichkeiten kann das Modell Lucas Aerospace dienen. Vgl. M. Cooley, Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse, in: *Technologie und Politik* Nr. 15, Reinbek 1980, S. 182ff.

42 Vgl. dazu die Argumentation von A. Gorz. *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt/M. 1980, bes. S. 123 ff.